

Erhard Brüchert

Das Scheitern der Republik Oldenburg – Ostfriesland 1918/19

(Der schwierige Übergang vom Kaiserreich zur Republik im Nordwesten)

1. Die Weltlage am Ende des 1. Weltkrieges.

Eigentlich ging alles von Wilhelmshaven aus, das ja preußisch war und erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, vor 150 Jahren genau, als Marine-Kriegshafen aus dem oldenburgischen, Rüstringer Boden gestampft worden war. Bevölkerungs- und auch funktionsmäßig gehörten Stadt und Namen „Wilhelmshaven“ also nie zu den alten, historischen Regionen Oldenburg oder Ostfriesland. „Wilhelmshaven“ war mehr oder weniger ein künstliches Gebilde – und ist gewissermaßen „der Dritte“ im Bunde geblieben, eigentlich sogar bis heute hin.

Hier eine alte Karte aus der Zeit um 1820/30, in der das Großherzogtum Oldenburg – also zur Zeit von dem sogenannten „guten Fürsten“ Peter Friedrich Ludwig, PFL, - in sieben Kreise eingeteilt ist: 1. Oldenburg 2. Neuenburg 3. Ovelgönne 4. Delmenhorst 5. Vechta 6. Cloppenburg 7. Jever.

Von „Wilhelmshaven“ also noch keine Rede! Es sind hier nur die Orte: Sengwarden, Kniephausen und Heppens vermerkt.

Und doch gingen am Anfang des 20. Jahrhunderts von Wilhelmshaven aus, genauer: von seinen Matrosen auf den Kampfkolossen der Wilhelminischen Kriegsflotte, die entscheidenden Impulse für die großen Veränderungen aus, welche in den Jahren 1916 bis 1919 ganz Deutschland und natürlich auch das Gebiet zwischen Weser und Ems politisch und gesellschaftlich maßgeblich beeinflussen sollten.

Im Jahre 1916 hatte die deutsche Flotte das erste und einzige Mal in der Skagerrakschlacht eine Bewährungsprobe abgelegt.

Doch seit der Skagerrakschlacht blieb die deutsche Flotte weitgehend untätig in ihren Haupthäfen Kiel und Wilhelmshaven. Die Matrosen langweilten sich mehr oder weniger bei ihrem eintönigen Wechsel von drillmäßigem, dreitägigen Seebereitschaftsdienst und dreitägigem Warten im Hafen. Meistens kam man dabei nur bis auf Schilligreede raus oder mal bis nach Helgoland. Der Stolz des Kaisers, die deutsche Hochseeflotte, war zur Untätigkeit verbannt, während in der übrigen Welt und auf den großen Schauplätzen des 1. Weltkrieges große und auch grauenhafte Dinge geschahen.

Die großen Landschlachten waren geschlagen worden, ohne dass dadurch eine Entscheidung erzwungen worden wäre: Tannenberg, Marne, Verdun.

Und was die meisten Matrosen in Wilhelmshaven noch gar nicht wussten, war dies: Die Friedensbemühungen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson waren schon am Beginn des Jahres 1917 an einem toten Punkt angekommen, als beide Seiten

- Entente und Mittelmächte - noch immer hofften, ihre Kriegszielpolitik mit dem Schwert durchsetzen zu können.

Russland schied fast sang- und klanglos im Februar 1917 als ernstzunehmender Faktor im großen Ringen der Mächte aus: Die Februarrevolution, die einzige wirkliche, vom Volk ausgehende Revolution in dem östlichen Riesenreich, fegte das Zarenregime davon. Ein junger, knapp dreißigjähriger, Rechtsanwalt mit Namen Alexander Kerenski führte die Volksmassen an und setzte sich mit seiner Partei, den Sozialrevolutionären, an die Spitze der Regierung. Die Zarenfamilie wurde unter Hausarrest gestellt. Zusehr hatte sie in den vergangenen Jahren die Phantasie und die Geduld des russischen Volkes strapaziert.

Ein gewisser Wladimir Iljitsch Lenin, der seit Jahren im Exil in Zürich lebte und radikal kommunistisch-bolschewistische Ansichten vertrat, meldete sich vehement mit Flugschriften und Artikeln in radikalen Zeitungen zu Wort. Er forderte die proletarische Revolution auf der Grundlage der materialistischen und dialektischen Klassenkampftheorie von Karl Marx - und Lenin sagte, gemäß seiner eigenen Imperialismustheorie, den totalen Untergang aller kriegführenden, kapitalistischen Mächte voraus. Und im Oktober 1917 gelang es Lenin, mit einem mehr oder weniger improvisierten Putsch am Winterpalais in St. Petersburg die provisorische Regierung Kerenski – die letzte demokratisch legitimierte Regierung in Russland bis zum Jahre 1991 – zu vertreiben.

Doch zur gleichen Zeit waren auch schon wichtige Entscheidungen im Westen gefallen. Dort herrschte seit Anfang 1917 die große Ruhe vor dem Sturm. Und wie alle großen Stürme im großeuropäischen Klima, entwickelte sich dieser Schlussschritt des 1. Weltkrieges über dem Atlantik, dem Schicksalsozean zwischen der Alten und der Neuen Welt. Er wurde durch einen rapiden Barometersturz im deutsch-US-amerikanischen Verhältnis eingeleitet und betraf zunächst nur die deutschen U-Boote, während die deutsche Hochseeflotte, nach der Schlacht vom Skagerrak, weiter in ungeduldiger Untätigkeit in den Häfen Kiel und Wilhelmshaven vor sich hin dümpelte.

Am 9. Januar 1917 fasste der deutsche Kronrat in Pless den folgenreichen Entschluss, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wieder aufzunehmen, wovon die Weltöffentlichkeit am 31. Januar in Kenntnis gesetzt werden sollte. Dass eine solche riskante Entscheidung den Kriegseintritt der USA an der Seite der Ententemächte geradezu provozieren musste, darüber waren sich die Militärs der Obersten Heeresleitung durchaus im Klaren.

Und mit dem sogenannten „Zimmermann-Telegramm“, in welchem der deutsche Außenminister Zimmermann Mexiko aufforderte, in einen zukünftigen Weltkrieg gegen die USA auf der Seite Deutschlands einzutreten und die USA von Süden her anzugreifen – mit diesem aberwitzigen Versuch einer deutschen „Weltmachtpolitik“

wurden die USA Anfang April 1917 zum Kriegseintritt gegen die Mittelmächte Deutschland/Österreich mehr oder weniger eingeladen – nachdem das stümperhafte „Zimmermann-Telegramm“ natürlich von den Engländern abgefangen, entschlüsselt und freudestrahlend den Amerikanern – und vor allem: der freien, US-Presse – ausgeliefert worden war.

Die Matrosen und Heizer auf den Schlachtschiffen in Wilhelmshaven wussten nichts von diesem „Zimmermann-Telegramm“, aber sie lehnten sich immer öfter auf gegen das herrische, arrogante Gebaren der Offiziere, sie murrten gegen einen immer schlechter werdenden Speiseplan an Bord der Schiffe. Dörrgemüse, Klippfisch und Steckrüben, und das drei- bis fünfmal in der Woche, verbitterten die Mannschaften, besonders wenn sie gleichzeitig die üppigen Gelage in den Offiziersmessen beobachten mussten. Im Juli 1917 schon hatte es mehrere Hungerstreiks auf der "Prinzregent Luitpold" gegeben. Das Drohenleben der Offiziere, ihre Bequemlichkeit, ihre Bevorzugung bei der Beförderung und Ordensverleihung – all das empörte besonders die Unteroffiziere und Maate.

Am 2. August 1917 verließen zum ersten Mal rund 40 Heizer der Besatzung der „Prinzregent Luitpold“ ohne Erlaubnis ihr Schiff. Ihr Anführer war Albin Köbes, ein selbstbewusster Heizer, der bisher noch nicht auffällig geworden war, nun aber sich an die Spitze einer Demonstration gegen die Offiziere der Flotte stellte.

Die Marineleitung hatte unter dem Druck der Beschwerden der Mannschaften sogenannte "Menagekommissionen" eingesetzt – und diese verselbständigten sich in der Hand der Mannschaften blitzschnell zu allgemeinen Beschwerdekommisionen, vor denen dann auch Klagen über den harten Bordsdienst und über Ungerechtigkeiten bei der Urlaubsgewährung vorgetragen werden konnten. Plötzlich gab es ein offiziell von der Marineleitung zugelassenes Forum für Missstände in der Flotte. Das hatte es noch nie gegeben.

Und die Mariner nutzten diese Chance. Die Menagekommission auf "Friedrich der Große" wurde zum Zentrum eines Austausches von Informationen und Beschwerden auf allen Schiffen. Diese Kommission wurde von den Matrosen Reichpietsch, Sachse und Weber angeführt. Und diese drei Männer wurden in wenigen Wochen auf der einen Seite zu Hoffnungsträgern der Mannschaften und auf der anderen Seite zu verhassten Querulanten für das Offizierskorps. In der späteren Urteilsbegründung vor dem Marinegericht heißt es:

"Die Kommissionen anderer Schiffe kamen an Bord von 'Friedrich der Große' und baten um Verhaltensmaßregeln. So trat der Angeklagte Köbis, Mitglied der Menagekommission auf 'Prinzregent Luitpold' an Sachse heran mit dem Vorschlag, eine allgemeine Zusammenkunft zwecks Besprechung von Missständen herbeizuführen. Durch derartige Zusammenkünfte griff die Bewegung in kürzester Zeit auf andere Schiffe über, nämlich außer auf 'Prinzregent Luitpold', wo die Bewegung mit der auf 'Friedrich der Große' gleichen Schritt gehalten hatte, auf 'Pillau', 'Kaiserin', zuletzt auch auf 'Helgoland' und nach Angaben Sachses auch auf 'König Albert', 'Großer

Kurfürst', 'Kronprinz', 'Westfalen', 'Ostfriesland', 'Schwaben', 'Ziethen'. In Fragen der Organisation holte man sich Rat von 'Friedrich der Große'. Hier war die Hauptzentrale. Leiter derselben waren Sachse, Reichpietsch, Weber."

Das Ganze endete tragisch. Albin Köbis und sein Freund Matrose Reichpietsch von dem Schlachtschiff „Friedrich der Große“ wurden von alarmierten Marinepolizisten in Arrest genommen und beide vor ein Marinegericht gestellt, das sie wegen Meuterei zum Tode verurteilte. Beide wurden am 5. September 1917 auf dem Schießplatz Wahn bei Köln hingerichtet. Diese Ereignisse verschlechterten die Stimmung der verbitterten Matrosen und Heizer in Wilhelmshaven und auch Kiel erheblich.

2. Deutsche Politik am Ende des 1. Weltkrieges

Im Zeitraum von Ende 1916 bis Oktober 1918 war der General Ludendorff die bestimmende Kraft des deutschen Heeres. Zunächst ein kompromissloser Durchhaltegeneral, der Hunderttausende von jungen Soldaten in Verdun in den Tod schickte, erkannte er Ende August nach der letzten, gescheiterten Offensive der kaiserlichen Armee: „Der Krieg ist zu beenden!“ Mit dieser Formulierung vermied er im arroganten Stil der preußischen Militärkaste die Wahrheit, die hätte lauten müssen: Der Krieg ist für Deutschland verloren!

Als Ende September auch die sogenannte „Hindenburgstellung“ schon weit hinter der Front kurz vor dem Zusammenbruch stand, entschlossen sich Ludendorff und Hindenburg - ohne Rücksicht auf die Meinung des Kaisers - am 28. September zu einem Waffenstillstandsgesuch an die alliierten Kriegsgegner. Doch da gab es schon die „14 Punkte“ von Präsident Wilson, in denen die Absetzung des Kaisers, die Schaffung einer demokratischen Verfassung und die Abschaffung der Monarchie in Deutschland gefordert wurden.

Also wurde am 29. September im militärischen Hauptquartier im belgischen Spa in Gegenwart des sich weitgehend passiv verhaltenden Kaisers beschlossen, sofort eine neue parlamentarische Regierung mit Ministern aus den Mehrheitsparteien des Reichstages zu bilden. Die Verfassung dürfe dafür geändert werden, das Deutsche Reich sei zu parlamentarisieren, so beschloss es der Kronrat. Irgendwie stellte man sich wohl eine Art konstitutionelle Monarchie wie in einer soliden Mischung aus englischen und schwedischen Verhältnissen vor. Erste und wichtigste Aufgabe der neuen Reichsregierung würde es dann sein, einen für Heer und Flotte ehrenvollen Waffenstillstand herbeizuführen.

Die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten, als sie von dieser Wendung erfuhr, war schockiert - sogar die Sozialdemokraten hatten nicht geglaubt, dass die militärische Lage so ernst war. Doch ihr Führer Friedrich Ebert, der selber bereits zwei Söhne im Kriege verloren hatte, war bereit, „in die Bresche zu springen“, um vom Deutschen Reich zu retten, was zu retten war.

In Prinz Max von Baden, einem liberalen Aristokraten aus dem badischen Fürstenhaus, fand der ehemalige Sattlergeselle Friedrich Ebert einen verständnisvollen und einsichtigen Partner, mit dem gemeinsam er nun an die schier unlösbare Aufgabe ging, einen riesigen, schon rollenden Felsbrocken auf einem Abhang zum Stehen zu bringen.

Die neue Regierung mit Prinz Max von Baden als Reichskanzler schickte am 3. Oktober 1918 das von der OHL gewünschte Waffenstillstandsangebot an Präsident Wilson. Damit glaubte man ein Höchstmaß an Zugeständnissen gegenüber dem Gegner gemacht zu haben und lehnte sich zufrieden zurück.

Doch die Amerikaner bestanden rigoros auf dem Punkt: Abschaffung der autokratischen Monarchie.

Das verstand man jetzt endlich auch in Deutschland, ja, im Oktober des Jahres 1918 entspann sich nicht nur im Reichstag, sondern auch in der deutschen Öffentlichkeit so etwas wie eine „Kaiserdebatte“. Sollte der Kaiser abdanken? Und mit ihm gleich am besten alle Landesfürsten bis hin zum Großherzog von Oldenburg? Hatte die Monarchie nicht längst allen Kredit im Volk verspielt? War sie es nicht gewesen, die Deutschland in diesen mörderischen Krieg getrieben hatte, in dem jetzt sogar schon die fernen, tüchtigen Yankees, mit denen viele Deutsche Auswandererträume verbanden, die Partei der Gegner ergriffen hatten? Konnte nicht diese elende, weltweite Isolation des Deutschen Reiches und der Deutschen mit einem Schlag dadurch beseitigt werden, dass man sich des Kaisers und der Landesfürsten entledigte?

In dieser Situation, Ende Oktober 1918, wuchs der deutschen Innenpolitik und der allgemeinen Lage in der Heimat eine Schlüsselrolle zu.

Die Westfront rückte sozusagen ins zweite Glied, obwohl sie weiter in einem schweren und von Tag zu Tag aussichtsloser werdenden Ringen stand.

Ludendorff, Hindenburg und die OHL waren paralysiert durch ihre eigenen Wankelentschlüsse.

Die Reichsregierung wartete sehnsüchtig auf Friedenszeichen aus Washington.

Und der Kaiser verharrte regungslos in einer Art Angststarre vor dem zu erwartenden Todesstreich.

Nachdem endlich am 3. Oktober 1918 der unfähige und zögerliche Graf Hertling als Reichskanzler zurückgetreten war, kam die große Stunde des Prinzen Max von Baden. Er wurde am 3. Oktober auf Drängen verschiedener Parteien im Reichstag vom Kaiser zum Reichskanzler ernannt. Der Prinz bildete sofort eine halbwegs dem Parlament verpflichtete Regierung, in der er die wichtigsten Parteien durch Staatssekretäre ohne Portefeuille

– „Minister“ waren ja in der Bismarck-Verfassung nicht vorgesehen – vertreten ließ. Sofort stellte er auch eine Verfassungsänderung mit konkreter Hoffnung auf eine parlamentarische – und nicht mehr halb-absolutistische – Regierungsform in Aussicht.

Inzwischen hatte sich aber die innenpolitische Lage in Deutschland weiter entscheidend verändert. Es begann das, was man auch als einen inneren Zusammenbruch an der Heimatfront bezeichnen kann. Das deutsche Volk erfuhr jetzt im Oktober 1918 plötzlich und zum ersten Mal mehr oder weniger ungeschminkt und unzenziert, wie schlecht es an der Westfront tatsächlich aussah, wie groß dort die Gefahr eines Durchbruchs der Alliierten war.

Und nun geschah etwas höchst Seltsames, ja, Widersinniges: die Deutschen, seit Jahren nur an Siegesmeldungen gewöhnt, die sie nicht überprüfen konnten und die die Mehrheit von ihnen nur allzu gerne glauben wollte, weigerten sich zum großen Teil einfach, die Hiobsbotschaften zu glauben! Man meinte, die Führung lasse die Front im Stich, und wer war die Führung? Die Militärs mit Ludendorff und Hindenburg an der Spitze hatten es tatsächlich geschafft, die Verantwortung an die zivile Regierung abzugeben, also auch die Verantwortung für die bevorstehende, drohende Niederlage! Und da Prinz Max von Baden ja viele von den sozialistischen und liberalen Oppositionspolitikern aus dem jahrzehntelang missachteten Reichstag in seine Regierung berufen hatte, fiel diesen nun auch die angebliche „Schuld“ für den Verlust des Krieges zu. Friedrich Ebert, der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, stand hier an erster Stelle. Der Keim zur späteren, sogenannten **Dolchstoßlegende** war damit gelegt.

3. Die Lage in der Marine

Doch wie war nun Ende Oktober, Anfang November 1918 die Lage in der untätigen deutschen Marine in Wilhelmshaven und Kiel?

Admiral von Hipper widerruft am 31. Oktober 1918 den Auslaufbefehl für die deutsche Hochseeflotte.
Im amtlichen Seekriegswerk heißt es dazu lakonisch:

„Der Flottenchef nahm am 31. Oktober 1918 auf Grund der disziplinarischen Vorkommnisse davon Abstand, mit der Flotte zu dem geplanten Vorstoß auszulaufen und detachierte die einzelnen Verbände planmäßig nach der Ostsee, Elbe und Jade.“

Am 5. November 1918 lautet der Einsatzbefehl der Seekriegsleitung an das Kommando der Hochseestreitkräfte in Wilhelmshaven und Kiel:

„Jeder Widerstand ist sofort zu brechen, die Rädelsführer sind aufs strengste zu bestrafen, Mitläufer milde zu behandeln, Massenverhaftungen sind möglichst zu vermeiden. Hochseekommando sorgt sofort für völlige Absperrung Kiels nach See zu durch zuverlässige Streitkräfte und für das Unbrauchbarmachen der FT-Stationen in Kiel innerhalb des abzusperrenden Gebietes.“

In seinem Tagebuch schreibt Admiral von Hipper am 6. November 1918:

„Am Vormittag verlässt 'Baden'-Besatzung zum größten Teil das Schiff, um an einem Demonstrationszug teilzunehmen. Ich versammelte sämtliche Offiziere und die wenigen noch treuen Mannschaften auf 'Baden', um Verteidigung einzurichten. Die Station hatte sich indessen in die Hände der Revolutionäre begeben, da sie keine Mittel zur Verteidigung hatte. Mittags kam eine Kommission der Baden-Leute zu mir, um Verhandlungen anzuknüpfen. Da ihre Forderungen verhältnismäßig milde, ein Widerstand doch zwecklos bloß ungeheures Blutbad angerichtet hätte, ging ich auf die Wünsche ein, auch schon deshalb, um die Revolution in gewissen Grenzen zu halten und um die sogenannten Scheidemänner, die noch in der Überzahl sind, nicht ganz in das Lager der USPD zu treiben. Ein sogenannter Soldatenrat ließ sich dabei nicht vermeiden.“

Am 8. November 1918 richtet sich der Arbeiter- und Soldatenrat in Wilhelmshaven an die Öffentlichkeit:

„Kameraden und Genossen!

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich mit dem Gouverneur in Verbindung gesetzt und die Annahme der in der Vertrauensmänner-Versammlung beschlossenen Bedingungen erwirkt.

- 1. Die Untersuchungsgefangenen und Arrestanten, die wegen der letzten politischen Vorfälle in der Flotte und der Garnison verhaftet sind, sind sofort auf freien Fuß zu setzen, selbstverständlich unter Ausscheidung ehrloser Vergehen.*
- 2. Vollständige Rede- und Pressefreiheit.*
- 3. Aufhebung der Briefzensur mit Ausnahme der für Auslandsbriefe, welche offen auszuliefern sind.*
- 4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.*
- 5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord.*
- 6. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes nach Beendigung des Dienstes bis zum Anfang des nächsten Dienstes.*
- 7. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzigen Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Offiziere, die das Vertrauen der Mannschaften nicht besitzen, sind ihres Kommandos zu entheben.*
- 8. Angehörige des Soldatenrates sind von jedem Dienst befreit.*
- 9. Sämtliche in Zukunft zu treffenden grundsätzlichen Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.*

Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehle, denen unbedingt Folge zu leisten ist.

Kameraden und Genossen!

*Ihr habt Euch bis jetzt als Männer gezeigt, habt eine würdige Haltung bewahrt, auf Euch sind die Augen vieler Millionen Volksgenossen gerichtet.
(...)*

Vor allen Dingen tut nach wie vor Ruhe und Ordnung not, das Morden der eigenen Volksgenossen muss unter allen Umständen vermieden werden.“

Unterschrieben von dem Vorsitzenden der Fünfer-Kommission Kuhnt und den Mitgliedern des Einundzwanziger-Rates.

Der Obermatrose Richard Stumpf schreibt während dieser Zeit in sein Tagebuch:

„Traurig, tieftraurig, dass es so weit kommen konnte! Eine gewisse Schadenfreude kann ich jedoch beim besten Willen nicht unterdrücken. Wo ist die Allmacht der stolzen Kapitäne und Stabsingenieure geblieben? Die jahrelang als Hunde erniedrigten Heizer und Matrosen wissen endlich, dass ohne sie nichts, rein nichts geschehen kann.

Ist das zu glauben? Wer so lange, lange unter dem Bewusstsein der eisernen Disziplin, des blinden Kadavergehorsams gedient hat wie ich, muss so etwas für unmöglich halten...

Jahrelang aufgehäuftes Unrecht hat sich zu gefährlichem Sprengstoff verwandelt und detoniert schon hier und dort mit heftiger Gewalt.

O Jammer, weshalb mussten wir so schuftige, gewissenlose Offiziere haben, die uns alle Liebe zum Vaterland, die Freude am deutschen Wesen, den Stolz auf unsere vorbildlichen Einrichtungen genommen haben! Noch heute kocht mir das Blut, wenn ich der vielen Demütigungen in meiner aktiven Dienstzeit und auch später denke.“

Und nun handelten und meuterten die Matrosen:

Am 28. Oktober begann die Revolution der Matrosen und Heizer der deutschen Hochseeflotte: zunächst in Kiel, dann in Wilhelmshaven. Diesen Aufständen schlossen sich schnell Unruhen in vielen deutschen Großstädten an. Die wichtigsten waren die Aufstände der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin und in München. In München wurde am 7.-8. November eine Räterepublik unter dem Sozialistenführer Kurt Eisner ausgerufen.

Einen Tag später, am 9. November 1918, war es dann soweit: Der SPD-Führer Philipp Scheidemann rief von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus die deutsche Republik aus. Er tat dieses ohne Absprache mit Prinz Max von Baden und Friedrich Ebert, worüber beide sehr empört waren. Denn diese hatten immer noch gehofft, Deutschland in eine echte, parlamentarische Monarchie hinüberretten zu können. Ebert wollte dafür sogar, nachdem Prinz

Max von Baden ihm den Posten des Reichskanzlers als Führer der Mehrheitsfraktion im Reichstag übertragen hatte - ohne verfassungsrechtliche Grundlage übrigens, aber sicherlich im Einklang mit der revolutionären Wirklichkeit – den Prinzen Max als „Reichsverweser“ vorschlagen. So einen modrig und abgestanden klingenden Titel hatte es das letzte Mal bei der Pauskirchenrevolution 1848 – für Erzherzog Johann von Österreich - gegeben. Aber der badische Prinz war müde und frustriert und lehnte ab. Er trat, nachdem Kaiser Wilhelm II. am 10. November ins holländische Exil gegangen war, zurück und überließ Ebert das Feld.

Am 11. November 1918 erfolgte dann endlich der lange geplante und geforderte Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Alliierten im Wald von Compiègne bei Paris. Der Zentrums-Abgeordnete Matthias Erzberger, ein Zivilist also, war von Ebert dazu ausersehen, die deutsche Unterschrift unter das Dokument zu setzen. Eigentlich hätte dieses wohl ein deutscher General tun sollen, am besten Ludendorff oder Hindenburg, aber beide – und viele andere – hielten sich jetzt vornehm im Hintergrund. Sollten doch die Sozis und Zivilisten aus Berlin die Drecksarbeit in der Niederlage für sie tun!

Als „Belohnung“ für seine pflichtbewusste Tat, mit der Erzberger vielleicht noch vielen deutschen Soldaten einen sinnlosen Tod in letzter Kriegsminute ersparte, wurde der Abgeordnete Erzberger einige Zeit später von fanatischen Offizieren der deutschen Freikorps ermordet.

4. Bernhard Kuhnt und die Republik Oldenburg-Ostfriesland

a) Landtag – Räte – Großherzog: Wer hat die Macht in Oldenburg?

Unter dem Eindruck der **revolutionären Ereignisse in Kiel und in Wilhelmshaven** und des sich abzeichnenden Kriegsendes trat in Oldenburg am 5. November 1918 der Landtag zusammen. Er tagte in dem neu errichteten, erst 1917 fertiggestellten Gebäude an den Dobben-Teichen im Westen des Stadtkerns. Die wuchtigen Säulen vor dem Landtag sollten an den Reichstag in Berlin erinnern, und tatsächlich war bei dieser Versammlung des Landesparlaments im alten Großherzogtum Oldenburg viel von Berlin und den dortigen Umbrüchen die Rede: Die Oldenburger SPD, in Verbindung mit den Linksliberalen, verlangte die gleiche Parlamentarisierung für Oldenburg wie für das Reich, das heißt, der Oldenburger Großherzog Friedrich August wurde ultimativ aufgefordert, seine alten, halbabsolutistischen, mehr patriarchalischen Rechte aufzugeben und den Landtag als legitime Volksvertretung und alleinige gesetzgebende Versammlung zu akzeptieren.

In Wilhelmshaven praktizierten die Matrosen also bereits das **Rätmodell**, während in Oldenburg die SPD als Arbeiterpartei schon die **parlamentarische Demokratie** anvisierte, ohne Kaiser, aber mit Mehrparteien-Parlament. Schon in dieser frühen Phase der Nachkriegsgeschichte des 1. Weltkrieges stoßen hier also – bei uns in der

Weser-Ems-Region – die fundamentalen Unterschiede in der Auffassung von zwei sog. Idealtypen von Demokratie aufeinander. Einerseits – in der parlamentarischen Demokratie – das Individuum als freier Staatsbürger, der sich an unterschiedlichen Parteien politisch orientieren kann und mittels der Gewaltenteilung eine Vielfalt der Interessen und Ideen im Staat verwirklichen kann. Andererseits – im Rätemodell – die politische Willensbildung im Kollektiv, ohne Parlament, dafür aber mit basisdemokratischen „Arbeiter- und Soldatenräten“, die mit einem imperativen Mandat versehen werden und die Regierung ohne genaue Gewaltenteilung in exekutive, legislative und judikative Funktionen übernehmen, mit dem Ziel und dem Ideal, einen „neuen Menschen“ zu schaffen, der möglichst ohne Machtstreben eine umfassende soziale Gerechtigkeit und Gleichheit in Staat und Gesellschaft anstrebt.

Um 12 Uhr — als in Wilhelmshaven die Flottenrevolution bereits im vollen Gange war — teilte der Abgeordnete Theodor Tantzen von der Fortschrittlichen Volkspartei dem Landtag mit, dass der Großherzog alle Landtagsabgeordneten um fünf Uhr nachmittags aufs Schloss „zu einer Staatshandlung“ bestellt habe. Sofort wurde vehemente Kritik von Seiten der linken Abgeordneten an dieser selbstherrlichen Vorladung durch den Großherzog laut. Doch der größte Teil des Landtags begab sich gehorsam aufs Schloss und vernahm dort um fünf Uhr das Angebot von Friedrich August: Er wolle einen Landtagsausschuss bilden lassen, der mit dem großherzoglichen Gesamtministerium zusammen eine einheitliche Behörde bilden könne und zunächst in mündlichen Verhandlungen über eine größere Beteiligung des Volkes an der Regierung in Oldenburg beraten solle.

Das hatte sich der Landesfürst, ein rundlicher, untersetzter Mann mit buschigem Oberlippenbart und kleinen, besserwisserisch dreinblickenden Augen, geschickt ausgedacht: Dem Parlament einen kleinen Brocken hinwerfen, Zeit gewinnen, die Sache verzögern und am Schluss alles beim Alten lassen! So hatten seine Vorgänger schon die Zeit der Paulskirchen-Revolution von 1848 und die Erstarkung der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg ausgesessen. Aber dieses Mal spielten die Oldenburger Abgeordneten nicht mit. Schon am nächsten Tag, dem 6. November 1918, lehnten sie das Angebot von Friedrich August kategorisch ab und forderten eine sofortige und völlige Parlamentarisierung des Großherzogtums.

b) Die Herrschaft der Räte in Wilhelmshaven

Bevor Friedrich August seine Verblüffung und Verärgerung niederkämpfen und antworten konnte, überschlugen sich die Ereignisse: In Wilhelmshaven demonstrierten am 6. November mehr als 1000 Matrosen, Werftarbeiter und Heizer für Freiheit, Frieden und eine Republik. Die Demonstranten zogen zu den Kasernen, Schiffen und zum Fort Schaar, um dort angebliche Arrestanten aus dem Militärgefängnis zu befreien. Um die Mittagszeit gab der Stationschef dort nach, es kam also zu keinem „Sturm auf die Bastille“, man verhandelte friedlich, und die Aufständischen setzten einen sieben Punkte umfassenden Forderungskatalog durch, der sich im Wesentlichen auf den Dienstbetrieb der Flotte bezog und über regionale Angelegenheiten nicht hinausreichte.

Kurz nach Mittag schlossen sich aber die Werftarbeiter den Matrosen an, und man hielt auf dem Torpedo-Exerzierplatz eine Massenversammlung ab. Schon hier wurde die Wahl eines Arbeiter- und Soldatenrates provisorisch durchgeführt, wobei es sich nach Kiel und Hamburg um den dritten Arbeiter- und Soldatenrat im Deutschen Reich zu dieser Zeit handelte.

Nachmittags wurden überall auf den Schiffen Vertrauensleute gewählt, die sich kurzerhand zum Arbeiter- und Soldatenrat von Wilhelmshaven erklärten und am frühen Abend im Parkhotel zusammentrafen. Dort bestimmte man sofort einen Exekutivrat von 21 Mitgliedern, der nunmehr alle politische Macht in der Stadt – und wie sich bald zeigen sollte, auch im Umkreis – beanspruchte. Ein Vorstand aus vier Mitgliedern des 21er Rates wurde eingesetzt und in diesem wiederum der Obermatrose Bernhard Kuhnt zum Vorsitzenden gewählt.

Die Oldenburger Zeitung „Nachrichten für Stadt und Land“ berichtete am 7. November 1918 in großer Aufmachung über die Räterevolution in Wilhelmshaven und Bremen. Unter der Überschrift „**Die Herrschaft der roten Fahne**“ schreibt die Zeitung:

„Nach Berichten aus Wilhelmshaven hier eingetroffenen Reisenden steht unser Nordseekriegshafen unter der Herrschaft des Soldatenrats, der sich dort auch ‚Vertrauenskommission der Mannschaften‘ nennt. Nachdem bereits in der vorigen Woche die Matrosen dem Kommandanten ihre Forderungen unterbreitet hatten, kam es heute morgen zu einer größeren Kundgebung. Eine nach Tausenden zählende Menge begab sich unter roten Fahnen zum Stationschef. Die mit diesem geführten Verhandlungen haben die Freilassung aller wegen politischer Vergehen in Untersuchungs- und Strafhaft befindlichen Marineangehörigen zur Folge gehabt. Nirgends ist es bisher zu Ruhestörungen gekommen. Der Ausschank von Alkohol ist untersagt.

Das ‚Volksblatt‘ teilt noch mit: ‚Soweit die Bewegung beurteilt werden kann, verläuft sie bisher in durchaus geordneten Bahnen. Die Führer, die sich ihrer bemächtigt haben, forderten von den Teilnehmern geordnete Haltung. Für Ausschreitungen, wie Plünderungen usw., wurden die schärfsten Maßnahmen von den Führern angedroht. Es ist indes anzunehmen, dass auch die Werftarbeiterschaft vielleicht schon im Laufe des Nachmittags sich den Demonstranten anschließen wird, um auch ihrerseits bestimmte Forderungen aufzustellen. Die berufenen Führer der Werftarbeiterschaft werden wahrscheinlich dafür sorgen, dass auch diese Bewegung in geordnete Bahnen geleitet wird.‘ „

Hier zeigt sich deutlich das Bestreben der Oldenburger Zeitungsschreiber, die Marine-Revolution herunterzuspielen. Einerseits wird die Bedeutung der historischen Stunde durchaus erkannt, wenn es heißt, dass „größere Kundgebungen“ stattgefunden haben und eine „zu Tausenden zählende Menge“ daran teilgenommen hat – andererseits wird geradezu beschwörend und in beschwichtigender Dringlichkeit darauf hingewiesen, dass die „Führer“ der Werftarbeiterschaft „wahrscheinlich dafür sorgen“ werden, dass alles in „geordneten Bahnen“ abläuft. Und die Überschrift „Die Herrschaft der roten Fahne“ drückt ein bürgerliches Erstaunen aus, in das sich Abscheu und Furcht vor der Zukunft mischen. In dem Zwischentext klammert sich der Journalist an die noch bestehende Staatsgewalt, wenn er schreibt: „Fast überall ist die Umwälzung ruhig und unblutig

- dank der verständigen Haltung der Garnisonskommandanten - von statten gegangen.“

c) Was soll die rote Fahne auf dem Oldenburger Schloss?

Obwohl es in Oldenburg ja den Landtag gab und ein Großteil der Bürger in Oldenburg größtes Interesse daran zu haben schien, dass die Revolution in „geordneten Bahnen“ ablief, konstituierte sich auch hier am 7. November im Gewerkschaftshaus ein Arbeiter- und Soldatenrat, der auch sofort den Rücktritt des Großherzogs forderte.

Anschließend zog ein Demonstrationszug mit dem Arbeiter- und Soldatenrates an der Spitze durch die Innenstadt, zum Schloss und zu den Kasernen am Pferdemarkt. Dabei wurden auch einige rote Fahnen mitgeführt. Aber nur wenige Oldenburger Bürger schlossen sich dem Umzug spontan an. Doch es gelang den Demonstranten die Hauptwache am Schlossplatz entwaffnet, die Posten einzuziehen, militärische und politische Gefangene im Gefängnis im Gerichtsviertel zu befreien, Munition zu beschlagnahmen und am Bahnhof sogar die von Aurich und Osnabrück ankommenden Truppen zu entwaffnen, die den Aufstand in Oldenburg und Wilhelmshaven niederschlagen sollten, aber nur sehr geringe Motivation dafür zeigten.

Am 8. November 1918, frühmorgens, gab es in Oldenburg insgesamt vier Gruppen, welche um die Macht und politische Dominanz kämpften:

erstens der Großherzog Friedrich August mit seinem noch vorhandenen Ministeriums; der Großherzog und seine Beamten pochten natürlich auf ihre tradierten Privilegien,

zweitens der gewählte Landtag mit bürgerlichen und sozialistischen Parteien; hinter diesen Parteien stand zweifellos die große Mehrheit der Oldenburger Bürger und Arbeiter; sie fühlten sich also „historisch im Recht“ und demokratisch legitimiert;

drittens der Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrat; Dieser A.u.S.-Rat war aus dem radikalen Flügel der Gewerkschaften hervorgegangen und fühlte sich „revolutionär im Recht“ und basisdemokratisch legitimiert.

viertens der Wilhelmshavener Arbeiter- und Soldatenrat; dieser 21er Rat aus Wilhelmshaven hatte die revolutionäre Stimmung bei der Flotte aufgenommen und zum ersten Mal politisch in der Region Weser-Ems umgesetzt; von da her fühlte er sich „revolutionär legitimiert“ und an der Spitze der Arbeiterbewegung stehend.

Die Wilhelmshavener schickten an diesem Tag eigens eine Abordnung nach Oldenburg, die sofort verlangte, dass auf dem Schloss in Oldenburg und auf dem Elisabeth-Anna-Palais die rote Fahne gehisst werden sollte. Man rang dem Großherzog sogar persönlich seine Zustimmung zu diesem äußerlich revolutionären Akt ab. Doch ironischerweise stellte sich jetzt der Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrat quer, der vorher nicht von den Wilhelmshavenern gefragt worden war und sich offensichtlich brüskiert und übergangen fühlte. Die beiden roten Fahne auf dem

Schloss und auf dem Palais wehten nur wenige Stunden, dann wurden sie auf

Veranlassung des Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrates wieder heruntergeholt — unter Androhung von Zwangsmaßnahmen. Die Begründung für dieses erstaunliche, von den Wilhelmshavenern als unsolidarisch empfundene Vorgehen der Oldenburger Arbeiter und Soldaten lautete: Man könne einen solchen Affront dem Großherzog, der ja noch im Schloss amtiere, nicht zumuten,

d) Die Ausrufung einer „Republik Oldenburg-Ostfriesland“

Logischerweise dachten die Wilhelmshavener jetzt hauptsächlich darüber nach, wie sie den Großherzog loswerden könnten, denn dann würde man ja auch wohl endlich die rote Fahne in Oldenburg hissen dürfen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1918 beschloss der 21er Rat in Wilhelmshaven eigenmächtig die Absetzung des Großherzogs und verkündete sie gleich am nächsten Morgen bei einer Kundgebung in Wilhelmshaven vor über 100000 Menschen.

Gleichzeitig wurde eine „Republik Oldenburg-Ostfriesland“ ausgerufen und **Obermatrose Bernhard Kuhnt** zu ihrem Präsidenten bestimmt. Dies geschah also nur wenige Stunden nach der Abdankung des Kaisers in Berlin und nach der bekannten Doppelausrufung der deutschen Republik durch Philipp Scheidemann an einem Fenster des Reichstags und durch den Spartakus-Führer Karl Liebknecht vom Schloss aus, beides am 9. November.

Der Versuch des Oldenburger Landtages, den Übergang von der Monarchie zu einer parlamentarischen Staatsform möglichst reibungslos und kontrolliert zu gestalten, war damit gescheitert. Sowohl der Landtag als auch der Großherzog hatten Federn lassen müssen. Während aber der Landtag den Kampf fortsetzte, gab der Großherzog endgültig auf und unterzeichnete am 11. November 1918 seine Abdankungsurkunde, die ihn zwar die politische Macht, aber nicht den Besitz seiner reichen Landgüter und Besitzungen in Oldenburg und Eutin kostete.

Zur Einsicht des Großherzogs in die Unausweichlichkeit seiner Abdankung hatte der sozialdemokratische Abgeordnete **Paul Hug** wesentlich beigetragen. In Wilhelmshaven Augenzeuge der Vorgänge bei der Ausrufung der „**Republik Oldenburg-Ostfriesland**“ durch die Räte, fuhr er sofort am Morgen des 11. November nach Oldenburg. Er war der Meinung, dass nur die Abdankung des Großherzogs jetzt noch unnötiges Blutvergießen in der gesamten Region verhindern könne. Die Wilhelmshavener Matrosen und Soldaten waren offensichtlich fest entschlossen, nach Oldenburg zu ziehen und den Großherzog mit Schimpf und Schande aus seinem Schloss zu jagen. Um dieses, wie er meinte, unwürdige und unnötige Schauspiel zu verhindern, verhandelte **Paul Hug** mit Minister Hermann Scheer, welcher als Vertrauter des Großherzogs galt. Scheer teilte Hugs Einschätzung der Lage und eilte sofort zum Großherzog. Kurz darauf, am Vormittag des 11. November um 11.15 Uhr, unterzeichnete Friedrich August die Abdankungsurkunde im Schloss.

Paul Hug fuhr gleich weiter zum Landtag am Dobben. Er verhandelte in der Lobby mit Vertretern verschiedener Parteien und überzeugte diese von seinem Plan: Man müsse das durch die Abdankung entstandene Machtvakuum sofort mit parlamentarischen Mitteln auffüllen, sonst drohe tatsächlich eine von Wilhelmshaven her bestimmte Räterepublik „Oldenburg-Ostfriesland“.

Dieser Gedanke erfüllte die meisten Oldenburger – und zwar politisch von der Rechten bis zur Linken - offensichtlich mit Grauen – an die Stelle des Großherzogtums sollte eine ostfriesisch-oldenburgische Republik treten, in denen landfremde, zugereiste Matrosen aus Wilhelmshaven politisch das Sagen haben würden!

Die Vertreter der Sozialdemokratie, der Liberalen und des Zentrums stimmten Hug zu. Man stellte schnellstens ein „**Landesdirektorium**“ zusammen, das sowohl aus den großherzoglichen Ministern Scheer und Graepel als auch aus Parteienvertretern bestand. Damit hatte Oldenburg wieder eine Regierung, und die Lücke zwischen der Abdankung des Großherzogs und der neuen, parlamentarisch bestimmten Regierung hatte dank der Geistesgegenwart des Sozialdemokraten Paul Hug nur fünf Stunden lang bestanden.

e) Bernhard Kuhnt: Der überrumpelte Räte-Präsident

Aber da waren ja noch die beiden Arbeiter- und Soldatenräte: der eine in Wilhelmshaven und der andere in Oldenburg. Der Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrat verpennte die Situation schlichtweg und trat nicht in Erscheinung. Die Wilhelmshavener dagegen mussten erst noch die knapp 50 Kilometer zwischen den beiden Städten an der Jade und an der Hunte mit der Eisenbahn überwinden, um an Ort und Stelle - in der „Residenz“ Oldenburg - eingreifen zu können. Und dabei verspäteten sich die roten Matrosen vom Wattenmeer.

Bernhard Kuhnt, seit zwei Tagen vom revolutionären Obermatrosen zum „Präsidenten der Republik Oldenburg-Ostfriesland“ aufgestiegen, roch wohl den Braten und ahnte, dass in Oldenburg etwas ablief, was außerhalb seiner Kontrolle geschah. Denn bereits um 15 Uhr an diesem denkwürdigen 11. November erschien er mit einem Sonderzug aus Wilhelmshaven und in Begleitung seiner „Räte“ in Oldenburg. Aber das waren schon drei bis fünf Stunden zu spät! Die Oldenburger Beamten, Bürger, Abgeordneten und großherzoglichen Minister hatten bereits vollendete Tatsachen geschaffen - ohne die Arbeiter- und Soldatenräte, die man fürchtete und verachtete.

Kuhnt begab sich sofort zum Landtag, wo man ihm geflissentlich die neue „Revolutionsregierung“ als „**Direktorium**“ vorstellte. Kuhnt machte gute Miene zum bösen Spiel: Als um 17 Uhr der Landtag zusammentrat, ließ er sich zähneknirschend — allerdings auch ein bisschen geschmeichelt — zum „zeitigen“ Präsidenten eines neuen „Freistaats Oldenburg“ wählen, an dessen Spitze ein „Direktorium“ stand. Von einer „Republik Oldenburg-Ostfriesland“ war jetzt schon keine Rede mehr. Die Bevölkerung wurde zwei Tage später in einem Aufruf vor vollendete Tatsachen gestellt:

„Aufruf? Bürger, Soldaten!

In Oldenburg ist geschehen, was überall im Reiche unvermeidlich wurde. Die alte Staatsform ist zerbrochen. Neues wird lebendig. Ein Direktorium von 9 Männern hat in Vereinbarung mit den Soldatenräten und dem Landtag die Regierung in Oldenburg übernommen. Jeder dieser Männer aus Pflicht und Liebe zum Volke. Jeder erfüllt von dem Bewußtsein, daß ungeheure Aufgaben bevorstehen. Aufgaben, welche sich durch die Verhältnisse jeden Tag ändern und mehren können. Einmütig in der Liebe zum Volke, aber ebenso einig sind sie in dem Ziele, Ruhe und Ordnung im Lande auf-

recht zu erhalten. (...)
Oldenburg, den 13. November 1918.
Direktorium des Freistaats Oldenburg.
Kuhnt, Präsident.
Franz Driver, Otto Graepel, Karl Heitmann, Paul Hug,
August Jordan, Julius Meyer, Hermann Scheer, Theodor Tantzen."

Dieser Aufruf trug bereits nicht mehr die Handschrift von Bernhard Kuhnt. Das Wort „Revolution“ oder „sozialistische Republik“ taucht nicht mehr auf. Dafür wird „Neues lebendig“, auch wenn die „alte Staatsform zerbrochen“ ist. Ein Direktorium wird benannt und übernimmt scheinbar selbstverständlich die Regierungsgewalt, sogar „in Vereinbarung mit den Soldatenräten und dem Landtag“. Ruhe und Ordnung werden gewahrt, Eigentum geschützt.

War hier etwa, im kleinen Oldenburg, die politische Quadratur des Kreises beim Übergang von der Monarchie zur Republik gelungen? Oder hatte man in der Kunst des Unter-den-Teppich-Kehens einen neuen Grad der Perfektion erreicht? Die Frühgeburt „Räterepublik Oldenburg-Ostfriesland“ war praktisch eine Totgeburt. Sie hatte nur wenige Stunden gelebt.

Das konservative Bürgertum in Oldenburg und Ostfriesland fühle sich nach dem Chaos 1918/19 wieder mehr oder wenig beruhigt und lässt sich wohl am besten auf eine Formel bringen, die der kürzlich verstorbene Historiker und Publizist **Joachim Fest** – der Verfasser des Standardwerks über Hitler – von seinem Vater gehört hat. Joachim Fests Vater, selber ein konservativer, später aber sehr Nazi-kritischer Schulrektor, habe nach dem 1. Weltkrieg das Grundgefühl der Bürger in Berlin mit die lakonische Kurzformel gebracht:

„Der Krieg war aus, der Kaiser weg und das Unwesen der Soldatenräte zu Ende.“

(Joachim Fest, **Ich nicht** – Erinnerungen an eine Kindheit und Jugend, rowohlt 2006, S. 33

Genauso kann man auch das politische Selbstgefühl der Oldenburger nach dem 1. Weltkrieg kennzeichnen. Darin vermischen sich die Erleichterung über das Ende des Kriegsleidens, die Bereitschaft zu gewissen historischen Veränderungen in Deutschland, die sogar die Abschaffung der Monarchie in Kauf nahm und die Abneigung gegen zu radikale politische Neuerungen, die vor allem in der bürgerlichen Verachtung des Proletariats und der Bewegungen aus den Reihen der „kleinen“ Soldaten und Mariner sich ausdrückte, die man als „Meuterer“ empfand und diffamierte.

f) Das Selbstbewusstsein der preußischen Ostfriesen

Ärgerlich für Kuhnt und seine Arbeiter- und Soldatenräte war sicherlich auch die Tatsache, dass auch die Ostfriesen sich die ganze Zeit über im Hintergrund gehalten hatten. Sie waren offensichtlich nicht sonderlich daran interessiert, mit Oldenburg zusammen eine neue, republikanische Einheit zu bilden.

Ja, der Arbeiter- und Soldatenrat in Leer lehnte es sogar direkt ab, auf Einladung von

Kuhnt zu einer Sitzung nach Oldenburg zu kommen. Man gehöre nun mal, so tönte es aus Leer, zu Preußen und nicht zu Oldenburg!

Während sich in Berlin, Bayern, Hamburg und Sachsen die Roten und die Weißen erbitterte, blutige Kämpfe lieferten, strebte man in Ostfriesland um die Jahreswende 1918/19 ein harmonistisches System der Unverbindlichkeit an — aus schlichter Angst ums Überleben. Offiziere, Bauern, Kaufleute, Soldaten, Matrosen und Werftarbeiter versuchten sich zu arrangieren und gegenseitig zu stützen, um ja nicht diesen, von je her abgelegenen und vom übrigen Reich ein bisschen stiefmütterlich behandelten Landstrich dem Chaos und Hunger zu überantworten. Nur die Kommunisten versuchten Ende Dezember 1918 noch einmal — angeregt durch den Spartakusaufstand in Berlin —, die „Diktatur des Proletariats“ als endgültiges Ziel der Arbeiterbewegung durchzusetzen. Sie trafen dabei in Ostfriesland auf ein Links-Rechts-Bündnis des Unverständnisses, der Abwehr, ja, der Verachtung und Furcht. Die inzwischen in allen ostfriesischen Städten etablierten, durchaus gemäßigten Arbeiter- und Soldatenräte blockten jede radikale Veränderung von Staat und Gesellschaft ab. Und hinter ihnen stand zweifellos die schweigende bürgerliche Mehrheit der vorwiegend agrarisch geprägten Gesellschaft, die fürchtete, den bescheidenen Wohlstand, den man noch kurz vor dem Weltkriege angesammelt hatte, noch zu verlieren, nachdem man den Krieg einigermmaßen glimpflich überstanden hatte.

Die liberale „Ostfriesische Zeitung“ brachte dieses intensive Ruhe-und-Ordnungs-Bedürfnis auf den Punkt, als sie bereits am 9. November schrieb: „*Der Arbeiter- und Soldatenrat arbeitet nicht gegen, sondern mit uns ... wir bieten ihm gern und freudig unsere Mitarbeit an ... denn die kapitalistische Weltordnung ist zusammengebrochen.*“

Mitte Dezember allerdings schon forderte die gleiche Zeitung, das „Regiment der Arbeiter- und Soldatenräte“ müsse ein Ende haben — offenbar war die kapitalistische Weltordnung bereits wieder fest etabliert, auch in Ostfriesland.

Und bei den Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erhielt in Emden die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) die meisten Stimmen. Zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien bildete sie die Mehrheit im Rat der Stadt. SPD und die noch schwächere USPD waren in der alten ostfriesischen Werftarbeiter-Hochburg zum ersten Mal geschlagen.

Ähnlich entwickelte sich das politische Spektrum in Aurich, Leer, Norden und auf dem Lande: Man suchte fleißig nach Arbeit und Brot, man arrangierte sich, man entwickelte einen unbändigen Überlebenswillen, man wartete ab — aber man kämpfte nicht mehr ... wofür auch? Der immer noch amtierende Präsident des Freistaats Oldenburg, Bernhard Kuhnt, erschien nicht ein einziges Mal während des Wahlkampfes im Januar 1919 in Ostfriesland. Die sozialistische Nordwest-Republik blieb ein Phantom.

Viele der Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland, die Anfang November noch die rote Wut am Wattenmeer kanalisiert und kontrolliert hatten, verwandelten sich im Verlaufe des Winters 1918/19 vom Hilfssheriff zum Büttel der alten Ordnungs-, Behörden- und Beamtenmacht, die immer weniger ihre vor-republikanische, obrigkeitverliebte, ja, kaiserliche, Gesinnung verschleierte. An diesem Eindruck konnte auch die Tatsache nichts ändern, dass Ende Dezember, beim Ausbruch des Spartakusaufstandes in Berlin, einige

kommunistische Werftarbeiter der Nordsee-Werke auch in Emden versuchten, eine radikale, revolutionäre Gangart anzuschlagen. Sie scheiterten damit kläglich und blieben ohne Resonanz in der ostfriesischen Bevölkerung. Das „Leerer Anzeigenblatt“ schrieb Mitte Dezember 1918:

„Das ostfriesische Volk kennt keine Republik Oldenburg-Ostfriesland. Wir gehören zu Preußen und unterstehen der preußischen Regierung in Aurich. Dem Unfug der neuen Republik muss ein Ende gemacht werden!“

Das Ende für diese, längst nur noch auf einigen Räte-Flugblättern bestehende, „Republik Oldenburg-Ostfriesland“ auch für ihren unglücklichen, sächsischen Präsidenten Bernhard Kuhnt kam dann auch bald: Am 23. Februar 1919 fand die Wahl zur gesetzgebenden oldenburgischen Landesversammlung statt, was einer Restauration des alten Landesparlamentes gleichkam. Und im Juni 1919 wurde die neue **oldenburgische Verfassung für einen „Freistaat Oldenburg“** verabschiedet. In dieser Länderverfassung sind auch gewissen Schwächen der gesamten Weimarer Republik erkennbar: die ungenaue Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Jurisdiktion – die Betonung von Volksabstimmungen, in denen momentane und diffuse Stimmungen in der Bevölkerung ein zu starkes politisches Gewicht eingeräumt wird – die Betonung des Notstands- und Verordnungsrechts - und ein eher ungenaues Verhältnis des sogenannten „Freistaates Oldenburg“ zur gesamten, neuen deutschen Republik, in dem man im Reichsrat einen Sitz beansprucht.

Damit war der von den meisten Oldenburgern erhoffte Übergang vom Großherzogtum zum Freistaat in einer Weise geglückt, die im Wesentlichen dem tradierten Selbstbewusstsein der bürgerlichen und adelsfreundlichen Residenzler in Oldenburg entsprach. Wenige Jahre später leiteten die Nazis mit ihrem „Gau Weser-Ems“ dann allerdings schon die Auflösung des oldenburgischen, separatistischen Eigenbewusstseins ein.

Der unglückliche und ungeschickt agierende Bernhard Kuhnt war schon Ende Februar/Anfang März 1919 endgültig mit seinem Versuch gescheitert, wenigstens noch in Wilhelmshaven seine Macht und die Befugnisse des 21er-Rates zu retten. Am 20./21. Februar 1919 schickte der Volksbeauftragte Gustav Noske, SPD, aus Berlin reichstreue Truppen nach Wilhelmshaven. Auch dafür diffamierten ihn die Räte-Linken als „Bluthund“. Bernhard Kuhnt wurde nach Berlin zitiert und dort am 28. Februar sogar verhaftet, wegen angeblicher Vergehen in seiner Amtführung, die sich aber später als haltlos erwiesen. Schon Anfang März wurde er wieder freigelassen.

Seine Zeit in Oldenburg – Wilhelmshaven – Ostfriesland war aber abgelaufen: Der Mehrheitssozialist Paul Hug wurde von Berlin aus zum Reichskommissar ernannt, und so verschwanden auch Bernhard Kuhnt und seine Räterepublik Oldenburg-Ostfriesland endgültig aus dem Rampenlicht der Regionalgeschichte von Weser-Ems. Kuhnt zog sich in seine sächsische Heimat zurück und war von 1920 bis 1933 Reichstagsabgeordneter für Chemnitz-Zwickau, zunächst für die USPD, dann ab 1922 wieder für die SPD.

In Oldenburg fristete die neue Verfassung des Freistaates ein eher kümmerliches, politisches Dasein. Die Geschehnisse in München und im Reich dominierten auch in

Oldenburg bald das politische Tagesgeschehen. Adolf Hitler ließ auch hier nicht lange auf sich warten und machte auch den Oldenburgern seine Aufwartung. Schon seit dem Jahre 1928 war Hitler mehrfach auf Einladung der Oldenburger NSDAP im Freistaat und sprach auf dem Pferdemarkt und im Saal des Ziegelhofs. Und im Frühsommer des Jahres 1932 genehmigte sich Oldenburg dann schon die erste Nazi-Länder-Regierung in Deutschland unter dem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Carl Röver. Doch das ist eine andere Geschichte, die heute hier nicht unser Thema ist. Doch kann man sie leider aus dem heutigen Thema auch nicht ganz ausklammern.

Schon wenige Tage nach der fragwürdigen Märzwahl 1933 verhafteten die Nazis Bernhard Kuhnt in Chemnitz, steckten ihn in ein hastig errichtetes Konzentrationslager und ließen ihn erst nach 17 Monaten wieder frei.

Es gibt ein Photo von Kuhnts entwürdigender Behandlung auf einem Holzkarren bei seiner Verhaftung in Chemnitz, das als frühes Zeugnis der Nazi-Brutalität und ihres Unrechts-Staates um die Welt ging. Ein unbekannter Oldenburger hat unter das Zeitungsfoto die hämischen Worte geschrieben: „Immer vornehm! Flottenmeuterer Bernhard Kuhnt fährt an seiner neuen Arbeitsstätte (Dreckwaschen) vor.“

Als Oldenburger und Buten-Oostfrees vermischen sich **für mich** heute bei der Betrachtung dieser Aufnahme **Mitleid und Beschämung** für diese Person unserer Zeit- und Regionalgeschichte.

Bernhard Kuhnt war nun politisch und menschlich gebrochen. Er überlebte aber noch den 2. Weltkrieg und starb 1946 in Westensee, nahe bei Kiel. Dort wurde er auch begraben. Sein Grab gibt es aber nicht mehr, jedenfalls habe ich es bei einer Suche vor einigen Jahren, dort auf dem idyllischen Friedhof in Westensee nicht gefunden.

Paul Kuhnt und die „Räte-Republik Oldenburg-Ostfriesland“ blieben nur eine Fußnote in der deutschen Geschichte. Der berühmte „Zeitgeist“ war damals gegen sie. Aber vielleicht sollte man rückblickend bedenken, dass eine demokratisch gesunde „Republik Oldenburg-Ostfriesland“, die sich dann aus der Räte-Republik noch hätte entwickeln müssen, den „Nazi-Gau Weser-Ems“ ab 1933 hätte verhindern können – allerdings nur mit starken Demokraten auch in anderen Regionen Deutschlands – und von denen gab es ja bekanntlich damals zu wenig im deutschen Volk.

Wenn wir die Ereignisse noch einmal im Überblick veranschaulichen wollen, dann ergibt sich für Oldenburg in der dramatischen Zeit zwischen 1918 und 1933 eine Art politischer **Fieberkurve**, in der die Macht vom **Großherzogtum** über die **Räterepublik Oldenburg-Ostfriesland** (die allerdings nur zwei Tage lang wirklich bestand) über das sogenannte **Direktorium** über den **Freistaat Oldenburg** bis hin zum **Nazi-Gau Weser-Ems** weitergegeben wurde.

Es war eine Zeit des Umbruchs für Deutschland und auch für Oldenburg – und am Schluss, nach dem 2. Weltkrieg, blieb vom „Freistaat Oldenburg“ nichts mehr übrig – das **Fieber steigerte sich leider 1933 auch in Oldenburg zum Nazi-Kollaps**. Und das neue Land Niedersachsen wurde später der große Allein-Erbe.

(Wir feiern ja gerade den 60. Geburtstag des Bundeslandes „Niedersachsen“, wobei

interessant ist, das Theodor Tantzen sich 1946 ja vergeblich gegen die Einverleibung von Oldenburg in Niedersachsen gewehrt hat – unter anderem auch mit dem Argument, dass es doch besser wäre, einen neuen „Bundesstaat Weser-Ems“ zu gründen, und zwar mit Oldenburg, den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück sowie den Stadt- und Landkreisen Wesermünde, Osterholz-Scharmbeck und den Grafschaften Hoya und Diepholz. Das wäre dann ja tatsächlich eine Neuauflage, bzw. Erweiterung, der zwei-tägigen „Republik Oldenburg-Ostfriesland“ geworden! Doch die britische Besatzungsmacht war strikt dagegen)

Aber das ist jetzt ein anderes Thema unserer Regionalgeschichte.

Vielen Dank fürs Zuhören!

Ende

Deutschland - 1918

8. Jan.

Verkündung der 14 Punkte durch Präsident Wilson.

8. Aug.

„Schwarzer Freitag“ des deutschen Heeres,

3./4. Okt.

Waffenstillstandsangebot der deutschen OHL – Hindenburg u. Ludendorff.

7. Nov.

Räte-Revolution in München

9. Nov.

Revolution in Berlin:

- Abdankung von Kaiser Wilhelm II.
- Ausrufung der Republik vom Schloss aus durch Philipp Scheidemann (SPD)
- Übertragung der Regierung an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert

10. Nov.

Bildung eines „Vollzugsrates der Arbeiter und Soldatenräte“ mit 3 SPD und 3 USPD.

11. Nov.

Waffenstillstand auf der Basis der 14 Punkte.

Wilhelmshaven u. Oldenburg - 1918

29./30. Okt.

Revolution der Matrosen in Wilhelmshaven

5. Nov.

Sondersitzung des Oldenburger Landtages: Diskussion einer Verfassungsreform

6. Nov.

Ca. 1000 Matrosen demonstrieren in Wilhelmshaven. Wahl eines A.u.S.-Rates 21er-Rat in Wilhelmshaven. Vorsitzender: Obermatrose Bernhard Kuhnt aus Sachsen

7. Nov.

Kapitulation des Marinekommandos. 21er-Rat übernimmt die Macht.

7. Nov.

Arbeiter-Umzüge in Oldenburg. Rote Fahne auf dem Schloss. Gründung eines Oldenburger A.u.S.-Rates.

8. Nov.

Flugblätter des Oldenburger A.u.S.-Rates. Entfernung der roten Fahne vom Schloss. Kompetenz-Rängeleien zw. Oldenburger u. Wilhelmhavener A.u.S.-Räten.

9./10. Nov.

Ausrufung der „Republik Oldenburg – Ostfriesland“ unter „Präsident Kuhnt“ durch den A.u.S.-Rat (21er-Rat) in Wilhelmshaven.

10. Nov.

Rücktritt des Kaisers wird in Oldenburg gemeldet. A.u.S.-Rat residiert im Offiziers-Kasino.

11. Nov.

Rücktritt des Großherzogs Friedrich August. Kuhnt erscheint in Oldenburg und bildet mit Paul Hug ein Oldenburger Landesdirektorium: Vorsitz Kuhnt, Vertreter Hug.

<p style="text-align: center;"><u>11. Dez.</u></p> <p>Gründung der KPD</p> <p style="text-align: center;"><u>1. Jan. 1919</u></p> <p>Beginn des komm. Spartakus-Aufstandes in Berlin. 5. Jan: Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.</p> <p style="text-align: center;"><u>18. Jan. 1919</u></p> <p>Beginn der Versailler Friedenskonferenz.</p> <p style="text-align: center;"><u>19. Jan. 1919</u></p> <p>Wahl zur neuen deutschen Nationalversammlung.</p> <p style="text-align: center;"><u>28. Juni 1919</u></p> <p>Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages.</p> <p style="text-align: center;"><u>11. Aug. 1919</u></p> <p>Unterzeichnung der Weimarer Verfassung.</p>	<p style="text-align: center;"><u>21. Dez.</u></p> <p>Rückkehr des 91er Regimentes nach Oldenburg.</p> <p style="text-align: center;"><u>31. Dez.</u></p> <p>Spartakus-Unruhen in Wilhelmshaven, Bremen und Emden.</p> <p style="text-align: center;"><u>19. Jan. 1919</u></p> <p>Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung für Deutschland. Ergebnis in Oldenburg (Land u. Stadt): SPD 29,1 % - USPD 7,9 % - Zentrum 21,2 % - DDP 30,2 % - DVP 11,3 % - DNVP 0,3 %</p> <p style="text-align: center;"><u>20./21. Febr. 1919</u></p> <p>Gustav Noske lässt Reichstruppen in Wilhelmshaven einmarschieren: Auflösung des 21er-Rates. Übertragung der Macht auf den „Reichskommissar“ Paul Hug.</p> <p style="text-align: center;"><u>21. Juni 1919</u></p> <p>Verfassung des „Freistaats Oldenburg“.</p>
---	---